

Bundespräsident Joachim Gauck  
Bundespräsidialamt  
Spreeweg 1  
10557 Berlin

Berlin, den 15.März 2013

*Betreff: Reise in die Demokratische Bundesrepublik Äthiopien*

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Untersuchungen von Nicht-Regierungsorganisationen, darunter Survival International und Human Rights Watch, zeigen, dass Menschenrechtsverletzungen gegenüber Angehörigen indigener Völker im Unteren Omo-Tal (Region der südlichen Nationen, Nationalitäten und Völker) eskalieren, da die äthiopische Regierung die Entwicklung von Plantagen auf dem angestammten Land der indigenen Bevölkerung fördert. Dies umfasst auch das Aufstauen des Omo-Flusses (Gibe III-Staudamm) für Bewässerungssysteme und die Umsiedlung einst autarker Gemeinden.

Seit die Regierung damit begonnen hat, das Land der indigenen Völker an staatliche und private Unternehmen zu verpachten - etwa um Zucker, Baumwolle und Palmöl zu kultivieren - ist offensichtlich geworden, dass das abschließende Ziel der äthiopischen Regierung die Zwangsumsiedlung der indigenen Völker des Unteren Omo-Tals in designierte Umsiedlungsgebiete ist. Die Behörden haben bereits begonnen die Bodi, Mursi, Kwegu und Suri-Völker unter Zwang in die Umsiedlungsgebiete zu bewegen. Dutzende Menschen wurden geschlagen, festgenommen und inhaftiert, weil sie sich gegen die Vertreibung wehrten. Militäreinheiten patrouillieren die Plantagen und unterdrücken jeglichen Dissens und Protest.

Als Ackerbauern und Viehzüchter zählen die Völker im Unteren Omo-Tal zu den selbstständigsten und autarksten Gruppen in Äthiopien. Sie zur Umsiedlung in Lager zu zwingen, bedeutet, sie ihres Viehs und des Getreides, das sie am Fluss anbauen, zu berauben. Es zwingt sie in die vollständige Abhängigkeit der Regierung. Ähnliche Vertreibungen in anderen Regionen Äthiopiens haben ganze Gemeinden in die Armut gestürzt und Spannungen im Wettbewerb um begrenzte Ressourcen erhöht. Die Vertreibungen im Omo-Tal verletzen die UN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker, der sowohl Deutschland als auch Äthiopien zugestimmt haben.

Survival Internationals Recherchen und Quellen haben ergeben, dass die Betroffenen weder konsultiert wurden, noch ihre freie, vorherige und in Kenntnis der Sachlage erteilte Zustimmung zu den genannten Plantagenprojekten oder ihrer Umsiedlung gegeben haben.

Gibe III hat zudem gravierende Folgen für die rund 300.000 Indigenen im Norden Kenias, die von den Fischen und dem Wasser des Turkana-Sees abhängen. 90 Prozent des Wassers, das in den Turkana-See fließt, entstammt dem Omo. Wenn der Staudamm und die Bewässerungskanäle in Betrieb gehen, werden sie den Wasserstand des Sees beträchtlich verringern und seinen Salzgehalt erhöhen.

Mindestens drei unabhängige Studien belegen die drohende Katastrophe für die Region, sollten der Staudamm und die Plantagen-Projekte fertiggestellt werden.

Wir bitten Sie inständig und dringlich, die Lage der indigenen Bevölkerung im Unteren Omo-Tal bei den Verantwortlichen in Äthiopien zu thematisieren.

Mit freundlichen Grüßen,

Linda Poppe  
Kordinatorin

